

Ruinen schaffen ohne Waffen

geschrieben von Admin | 18. Juni 2025

Nach mehr als 25 Jahren „Energiewende“ gibt es immer noch kein belastbares Zielbild eines realistisch funktionierenden künftigen Stromsystems. Ebenso für die Wärmeversorgung. Das große Ziel der Dekarbonisierung bis 2045 wird nicht von durchdachten Teilprojekten untersetzt. Es gilt ein schlichtes „immer mehr“ an so genannten Erneuerbaren, das den Blick auf ein funktionierendes Gesamtsystem eher verhindert als befördert. Zunehmend kommen auch alte „Erneuerbare“-Anlagen an ihr Lebensende. Was passiert mit ihnen?

von Frank Henning

Diese Formulierung ging unter der DDR-Bevölkerung um, wenn der Zustand der Wohnbauten beschrieben werden sollte. Die dauerhafte Mietpreisbremse für staatlichen und privat vermieteten Wohnraum, der permanente Mangel an Handwerkern und Material und die Konzentration der Kapazitäten auf Berlin, Hauptstadt der DDR, führten zu Tristheit und Verfall in den Bezirken. Ganze Innenstädte verfielen und entvölkerten sich, Plattenbausiedlungen an den Rändern der größeren Städte sollten Abhilfe schaffen.

Die politische Wende und der Beitritt zum damals noch marktwirtschaftlichen System der BRD änderten nach einigen Jahrzehnten das Bild völlig. Selbst Quartiere, für die die Abrissbirne und der Bagger die einzige Lösung schienen, erstrahlen heute in neuem Glanz. Zu besichtigen in Görlitz, Quedlinburg, Dresden und vielen anderen Städten.

Heute nimmt die Zahl von Ruinen anderer Art zu. Der Verlust von über 100.000 Industriearbeitsplätzen im vergangenen Jahr und eine Rekordzahl von Insolvenzen sorgen für Brachen und Industrieruinen, die die nur wenigen Neuinvestitionen deutlich überwiegen. Selbst die so genannten „neuen“ Energien, die uns als Zukunftshoffnung präsentiert werden, bringen zahlreiche Ruinen hervor. Wie von vielen vorhergesagt, bleibt ein großer Teil der stillgelegten Windkraftanlagen (WKA) einfach stehen und wird nicht rückgebaut.

Nach einem Bericht der Lausitzer Rundschau wurden Stand Mai 2025 in Brandenburg in den zurückliegenden fünf Jahren 195 WKA stillgelegt, aber nur 86 zurückgebaut. Sie gelten als stillgelegt, wenn der Betreiber sie abmeldet oder über durchgehend 12 Monate kein Strom erzeugt wurde. In der Uckermark ist die Lage besonders augenfällig. Im selben Zeitraum wurden hier 76 Anlagen vom Netz genommen und nur 21 demontiert. Die Bauordnungsämter der Kreise erhalten dazu vom zuständigen Landesumweltamt nicht einmal eine Mitteilung.

Wir bauen auf und reißen nieder . . .

Auch dies ist ein Spruch aus realsozialistischer Vergangenheit. Die Rückbauverpflichtung für WKA gilt erst seit 2004 und ist länderspezifisch verschieden geregelt. Generell gilt das Baugesetzbuch des Bundes (BauGB), das den vollständigen Rückbau vorsieht und die Herstellung des vorherigen Zustandes. Dazu gehört auch die vollständige Entfernung des Fundaments, die Entsiegelung der Fundamentfläche sowie der Schwerlaststraßen und Montageplätze. Weiterhin gelten das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) für Anlagen mit mehr als 50 Metern Nabenhöhe, das Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), das Chemikaliengesetz (ChemG) bezüglich des SF₆-Gases in den Schaltanlagen, das nach Chemikalien-Klimaschutzverordnung (ChemKlimaschutzV) vom Hersteller dieser zurückzunehmen ist. Für Elektro- und Elektronikgeräte in WKA gilt das Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG), es enthält spezielle Regelungen bezüglich einer erweiterten Herstellerverantwortung. Weiterhin gelten die Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV), die Baustellenverordnung (BaustellV), die Altölverordnung (AltölV) und mit der Mantelverordnung (Ersatzbaustoffverordnung) ein Paket mehrerer aufeinander abgestimmter Verordnungen, die Regelungen zum Beispiel über den Bauschutt beinhalten.

Einige Verwaltungsvorschriften des Bundes gelten auch für den Rückbau: die TA (Technische Anleitung) Lärm und die AVV (Allgemeine Verwaltungsvorschrift) Baulärm.

Dann kommen länderspezifische Regelungen hinzu. Rückbauverpflichtungen sind untersetzend geregelt in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, NRW, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Sachsen. In Bayern werden nur die Bundesregelungen erwähnt, in Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland gibt es keine. Fast alle Länder bestehen auf vollständigem Rückbau gemäß BauGB. In Schleswig-Holstein wird „grundsätzlich ein vollständiger Rückbau angestrebt“, „in der Regel“ müsse das gesamte Fundament entfernt werden. Das lässt offensichtlich Ausnahmen zu wie etwa den Rückbau der Fundamente nur bis unter die Geländeoberkante.

Festlegungen zum Rückbau sind zum Teil auch in den so genannten Windenergieerlassen der Länder enthalten.

Wer überwacht die stillgelegten und herumstehenden und verrostenden Anlagen? Wer überwacht den Rückbau? Eine TÜV-Überwachung gibt es nicht, obwohl die WKA Bauwerke beachtlicher Höhe sind. Ebenso gibt es keine behördliche oder brancheninterne Unfall- oder Havariedatenbank. Verantwortlich sind die Landesumweltämter, die offensichtlich bezüglich der Standsicherheit aber nicht aktiv werden.

Zwei kleinere Anlagen bei Zossen (Brandenburg), Baujahr 1992, wurden unter Denkmalschutz gestellt, wodurch der Rückbau entfällt. Das ist eine Ausnahme und auf die Vielzahl der stillgelegten Anlagen nicht anwendbar. Früher ließen sich kleinere Anlagen noch demontieren und ins Ausland verkaufen, was mit zunehmender Anlagengröße nicht mehr durchführbar ist.

Nach der Antwort der brandenburgischen Ministerin für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, Hanka Mittelstädt, auf eine kleine Anfrage im Landtag liegen keine vollständigen Daten über den Rückbau vor. Es erfolgt keine statistische Erfassung einzelner Daten. Zuständig wäre das Landesamt für Umwelt (LfU), jedoch heißt es weiter: „Informationen über den tatsächlichen Rückbau werden dort mangels Zuständigkeit für die Überwachung des Rückbaus nur sporadisch bekannt. Die angegebenen Zahlen sind daher nur eingeschränkt belastbar.“ Auch zu den durchschnittlichen Kosten des Rückbaus oder von Teilleistungen gäbe es keine Angaben.

Offensichtlich sind die Zuständigkeiten auf Landesumweltämter, Bauämter, gegebenenfalls auch Forstämter unklar verteilt. In Brandenburg jedenfalls bedurfte es sogar einer kleinen Anfrage im Landtag, dass die Zahl der stillgelegten Anlagen überhaupt bekannt wurde, auch der zuständigen Baubehörde. Es erfolge nur eine stichprobenartige Überwachung durch die Behörden, was der Umgehung der Gesetze und Vorschriften Tür und Tor öffnet. Eine Fundamentgrube lädt vor ihrem Zuschütten geradezu zum Versenken von Abfall ein. Entsorgungsnachweise lassen sich für den Fall von Behördenkontrollen organisieren. Das soll kein Generalverdacht sein, aber Abbruchfirmen unter Zeitdruck entwickeln zuweilen eine eigene Dynamik, zumal im Wissen um behördenübliche Arbeitszeiten und nur stichprobenartige Kontrollen.

Eine vorzulegende vollständige Abfallbilanz ist nur in Sachsen-Anhalt notwendig.

Dringend nötig wären bundeseinheitliche Regelungen und eine lückenlose Überwachung aller Rückbauaktivitäten dokumentarisch und vor Ort. Die Aktivitäten und Informationsflüsse zwischen den Behörden könnten zum Beispiel durch eine Stabsstelle Rückbau in den Landesumweltämtern organisiert werden. Der Aufwand wäre über Gebühren den Eigentümern der rückzubauenden WKA zuzurechnen.

Die Rechnung bitte

Die Länder sichern sich bezüglich der Rückbaukosten ab. Das soll verhindern, dass die Kosten der öffentlichen Hand zur Last fallen, wenn die Eigentümer, aus welchem Grund auch immer, nach der Betriebszeit der Anlagen zahlungsunfähig sind.

Sicherheiten können durch die Investoren durch Bankbürgschaft oder andere Sicherungen (Ausfallversicherungen, Hinterlegung von Geld)

geleistet werden, sie sind landesrechtlich verschieden, es gibt keine einheitliche Berechnungsformel. Hier einige Beispiele:

- Brandenburg: 40 % der Herstellungskosten der Anlage
- Hessen: Nabenhöhe in Metern mal 1.000 Euro pro Meter
- NRW: Mindestens 6,5 Prozent der Gesamtinvestitionskosten
- Sachsen-Anhalt: 30.000 Euro pro installiertem Megawatt, dynamisiert um ein Prozent pro Jahr
- Schleswig-Holstein: 10 Prozent der Rohbaukosten oder vier Prozent der Gesamtkosten plus Mehrwertsteuer plus 40 Prozent Kostensteigerung nach 20 Jahren Laufzeit

Die Anlagen sind in der Regel von den Herstellern für eine Betriebszeit von 20 Jahren ausgelegt, weil dann nach Auslaufen der EEG-Förderung ohnehin kaum ein wirtschaftlicher Betrieb mehr möglich ist. Kohlekraftwerke kommen locker auf 50 Jahre Laufzeit, Kernkraftwerke auf bis zu 80. Selbst wenn es möglich wäre, Atomstrom durch Windstrom zu ersetzen, bräuchte man, Stand heute, vier Generationen an WKA, um ein einziges Kernkraftwerk zu ersetzen. Diese Materialschlacht ist theoretisch wie auch praktisch nicht umsetzbar, wie Professor Vahrenholt vor kurzem darstellte.

Die Rückbaukosten der Zukunft sind unklar. Die fachgerechte Entsorgung der Rotorblätter wird aufgrund der anfallenden großen Menge teuer werden, bis 2030 werden es nach Branchenangaben etwa 20.000 Tonnen pro Jahr sein, in den dreißiger Jahren sogar 50.000 Tonnen. Die Fundamente müssen nicht nur entfernt, die Löcher müssen auch mit Boden verfüllt werden inklusive eines naturnahen Bodenaufbaus. Der Energieaufwand für den Rückbau ist erheblich, die steigende CO₂-Bepreisung (für den Diesel) wird die Preise treiben. Ein gesetzeskonformer Rückbau bedeutet eine sinnvolle Nutzung des anfallenden Materials im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Diese ist auch energieintensiv und wird perspektivisch teurer werden. Obendrein wird bei vielen Bauteilen einer WKA eher ein Downcycling anstelle eines Recycling stattfinden.

Absehbar ist, dass über eine zwanzigjährige Inflation die hinterlegten Sicherheitsleistungen teilweise nicht reichen werden. Kann der Eigentümer dann nicht nachschießen wegen Insolvenz oder Unauffindbarkeit, landet das Problem beim Landbesitzer. Hat auch der über die Pachteinahmen keine Rücklagen gebildet und erklärt die Insolvenz, stehen am Ende die Steuerzahler an der Kasse. Die zahlen dann trotz jahrzehntelanger EEG-Kosten die Beerdigungskosten einer für die sichere Stromversorgung untauglichen Energietechnologie.

Absehbar ist, dass wir wohl in zehn Jahren durch ein Land fahren werden, in dem eine Vielzahl toter Windkraftruinen das Bild prägen, gleich riesigen Friedhöfen, auf denen jeweils drei Rotorblätter als Grabkreuze

eines falschen Fortschrittsgedankens stehen.

Quellen:

- „Rückbauverpflichtung bei Windkraftanlagen“ Bundesverband Windenergie, Juni 2018
 - „Entwicklung eines Konzepts und Maßnahmen zur Sicherung einer guten Praxis bei Rückbau und Recycling von Windenergieanlagen“, Abschlussbericht, Umweltbundesamt, 2023
-

Der Bergsturz in der Schweiz – okkupiert von Klimawarnern

geschrieben von Admin | 18. Juni 2025

Nach der Katastrophe im Wallis dauerte es nur wenige Tage, bis in der Öffentlichkeit scheinbar Klarheit über ihre Ursache herrschte: Der Klimawandel war schuld! Diese Erklärung war so verlockend, dass Unstimmigkeiten und Widersprüche flugs unter den Teppich gekehrt wurden.

Von Peter Panther

Es nützt offenbar, weniger Auto zu fahren, um künftig Ereignisse wie den Bergsturz von Blatten zu verhindern: Zu dieser Erkenntnis muss man gelangen, wenn man dem Walliser Regierungspräsidenten Mathias Reynard zuhört. Er komme zum Schluss, verkündete der Sozialdemokrat vor einigen Tagen, dass das Wallis «immer regelmässiger und stärker von Extremereignissen heimgesucht» werde. Deshalb wolle er nun «in den Kampf gegen den Klimawandel investieren». Will heissen: Die Vermeidung von CO₂ ist scheinbar das effizienteste Mittel, um weiteren Naturkatastrophen vorzubeugen.

Eines ist unbestritten: Der Bergsturz in der Schweiz war ein monumentales Ereignis, das die heutigen Bewohner der Alpenlandes in dieser Wucht noch nicht erlebt haben: Neun Millionen Tonnen Gestein, Geröll und Eis stürzten ins Tal und verschütteten innert Sekunden das Bergdorf Blatten. Von der Kirche, den Häusern, den Hotels und den Strassen blieb kaum mehr etwas übrig. Diejenigen Dorfteile, die verschont blieben, versanken bald in einem See, den der Schuttkegel aufgestaut hatte. Weil aber Blatten rechtzeitig geräumt worden war, gab es «nur» ein Todesopfer: ein Bauer, der unglücklicherweise nach seinen

Tieren geschaut hatte.

Die Klimaapokalyptiker krochen aus ihren Löchern

Noch unter dem Eindruck der Geschehnisse sprach Regierungsmitglied und Umweltminister Albert Rösti von einem «Jahrtausend-Ereignis». Das war es – trotz aller Dramatik – aber nicht. Es gab in den letzten Jahrhunderten in der Schweiz eine Handvoll Bergstürze, die punkto Gesteinsmassen und Auswirkungen gar noch um einiges schlimmer waren. Zu erwähnen ist etwa der Bergsturz von Goldau im Jahr 1806, der fast 500 Menschen unter sich begrub. 1881 ereignete sich auch in Elm ein Felssturz, dem über hundert Personen zum Opfer fielen.

Kaum hatte sich aber die Staubwolke über dem zerstörten Blatten gelegt, krochen die Klimaapokalyptiker in Wissenschaft, Politik und Medien aus ihren Löchern. Ein solches Ereignis wie der zerstörerische Bergsturz liessen sie sich nicht entgehen, um für ihre Ziele zu trommeln. Ihr Deutungsmuster der Katastrophe: Der Permafrost sei verschwunden, die Felsen seien deshalb instabil geworden.

Der Bergsturz sei klar auf die Erderwärmung zurückzuführen, liess etwa Christophe Lambiel verlauten, Permafrost-Experte an der Universität Lausanne. «Klimawandel verursacht den Bergsturz von Blatten», titelte die Schweizerische Depeschagentur. «Es hat einen Zusammenhang mit dem Klimawandel», behauptete Katharina Prelicz-Huber, Bundesparlamentarierin der Grünen. Christian Huggel, Geographieprofessor an der Universität Zürich, doppelte nach, es wäre geradezu «absurd, ignorant oder unehrlich» zu sagen, die Klimaerwärmung hätte im Lötschental keine Rolle gespielt.

Zehnmal mehr Bergstürze als vor 50 Jahren?

Die Schuldzuweisungen an die Erderwärmung wurden mit den Tagen immer schriller. Boris Previšić, Direktor des Instituts für Kulturen der Alpen, machte geltend, die Häufigkeit von Bergstürzen in den Alpen habe sich innerhalb der vergangenen 50 Jahren verzehnfacht. Andrea Masüger, Präsident des Schweizer Verlegerverbands, schrieb mit Blick auf die betroffene Bevölkerung in Blatten gar von «Klimaflüchtlingen» – ungeachtet der Tatsache, dass diese Bevölkerung das Lötschental nicht etwa verlassen, sondern ihr Dorf wieder aufbauen will. Und das links-grüne Onlineportal «Republik» mahnte düster: «Gestern war es Blatten, morgen wird es ein anderes Dorf oder Tal treffen.» Es werde in Zukunft «kein Normal mehr geben».

Wer sich solche Untergangsprophezeiungen genauer anschaut, muss zwei Dinge konstatieren: Erstens ist es bei so seltenen Ereignissen wie grossen Bergstürzen statistisch unzulässig, eine Vervielfachung oder gar Verzehnfachung in den letzten Jahrzehnten geltend zu machen. Der Zufall spielt bei Fallzahlen im einstelligen Bereich schlicht eine zu grosse

Rolle, als dass ein solcher Schluss haltbar wäre.

Da sind noch ganz andere Kräfte im Spiel

Zweitens ist der Zusammenhang solcher Bergstürze mit dem Klimawandel wissenschaftlich höchst spekulativ. Zwar ist es richtig, dass die steigenden Temperaturen den Permafrost allmählich zurückdrängen. Ob aber dieser Prozess einen so gewaltigen Bergsturz wie den von Blatten direkt verursacht hat, kann heute kein Mensch mit hinlänglicher Sicherheit sagen. Da sind noch ganz andere Kräfte im Spiel.

Immerhin gab es vereinzelt Experten, die entsprechende Zweifel äusserten. So wies der Berner Geologe Ueli Gruner darauf hin, dass kein Zusammenhang des Blattner Bergsturzes mit dem Klimawandel belegbar sei. Er muss es wissen, schliesslich hat er Hunderte von solchen Ereignissen der letzten Jahrtausende untersucht und darüber wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht. «Leider gibt es eine unschöne Tendenz, jedes Mal, wenn etwas passiert, den Klimawandel als Ursache zu bezeichnen», kommentierte Gruner gegenüber dem Onlineportal «Nebelspalter».

Aber solche Stimmen werden kaum gehört. Unstimmigkeiten und Widersprüche beim behaupteten Zusammenhang mit der Erderwärmung werden flugs übergangen. Schliesslich duldet der Kampf gegen den Klimawandel keinen Aufschub!

Die Menschen wissen sich immer besser zu schützen

Doch der eingangs erwähnte Appell, man müsse die Erderwärmung bekämpfen, um die Bergbevölkerung zu schützen, gleicht dem Aufruf, den Bodensee mit einem Teelöffel zu leeren. Dazu kommt, dass die Menschen sich – Klimawandel hin oder her – immer besser gegen Bergstürze und andere Naturereignisse zu schützen wissen. Wie erwähnt, gab es beim Ereignis im Lötschental ein einziges Todesopfer – und nicht Hunderte wie bei vergleichbaren Vorkommen im 19. Jahrhundert. Die moderne Technologie, mit der sich kleinste Felsbewegungen beobachten lassen, ermöglichte es, die Bergbewohner dieses Mal zu warnen und rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Nicht nur Menschen können effektiver geschützt werden, sondern auch Sachwerte. In der Schweiz wird seit 1972 eine nationale Unwetterschadens-Datenbank geführt, in der materielle Schäden durch Hochwasser, Murgänge und Felsstürze systematisch erfasst werden. Diese Datenbank zeigt für die letzten 15 Jahre sogar einen deutlichen Rückgang der registrierten Verlustsummen. Fels- und Bergstürze machen in dieser Statistik sowieso nur zwei Prozent aller Schadensereignisse aus. Vom angekündigten Zusammenbruch der Bergwelt ist also weit und breit nichts zu sehen.

Kernenergie – wie „gefährlich“ ist diese Technik?

geschrieben von Admin | 18. Juni 2025

In einem Kernkraftwerk wird im Unterschied zu einem mit Kohle, Öl, Gas befeuerten Kraftwerk die notwendige Wärme nicht durch einen Verbrennungsprozess erzeugt, sondern durch Kernspaltung im Reaktorgefäß. Es ist die Radioaktivität, die als neues Risiko im Kraftwerk dazu kommt.

von Dr. Lutz Niemann

Die Gefahr einer Technik ist an den Schäden zu messen, die sie verursacht. In der friedlichen Nutzung der Kerntechnik gab es drei große Unfälle, und zwar in Three-Mile-Island, in Tschernobyl und in Fukushima (hier). Bei jedem dieser Unfälle wurden technische Großanlagen zerstört, aber infolge von Radioaktivität kamen nur in Tschernobyl Menschen zu Schaden: Es wurden 134 Personen strahlenkrank, 28 Personen starben. Die Menschen wurden einer Dosis nahe an der letalen Dosis ausgesetzt, so daß sie erkrankten und einige überlebten dieses nicht.

Das Auftreten einer Strahlendosis in der Nähe der letalen Dosis ist der beste Maßstab zum Erkennen einer Strahlengefahr, der gültige Grenzwert von 1 mSv/Jahr ist ungeeignet.

Wie viele tödliche Giftdosen wurden bei den großen Unfällen freigesetzt?

In **Fukushima** wurden 200 000 000 000 000 000 Becquerel Radioaktivität gasförmig in die Atmosphäre freigesetzt. Das sind rund 1 000 000 000 (=1Mrd.) tödlicher Strahlendosen, eine gigantische Zahl. Aber diese Gefahr wurde in die Luft freigesetzt, mit dem Wind weiträumig verteilt und verdünnt. Niemand konnte dadurch zu Schaden kommen, bestätigt von der IAEA unmittelbar nach der Freisetzung.

Hier bietet sich ein Vergleich mit den Abgasen aus dem Autoverkehr an. Die Autoabgase sind schädlich, sie enthalten giftige Verbrennungsprodukte und es fehlt der lebensnotwendige Sauerstoff. Sie werden ebenfalls in die Luft freigesetzt, verteilt und verdünnt. Wenn einem Menschen 8 Minuten lang der Sauerstoff zum Atmen fehlt, kommt der

Tod, wie es George Floyd erging (black lives matter). In einer Stunde braucht der Mensch ca. 500 Liter frische Luft zum Atmen, George Floyd haben etwa 50 Liter Atemluft gefehlt. Ein Pkw setzt aber in einer Stunde mindestens 50 000 Liter Abgas frei, also 1000 letale Dosen ohne Sauerstoff. Sie werden mit dem Wind weiträumig verteilt und verdünnt. In Deutschland gibt es über 40 Millionen Pkw, dazu Lkw, Busse, Abgase von Öl oder Gas betriebenen Heizungen im Winter.

Ergebnis: Allein in Deutschland werden von Verbrennungsmotoren jeden Tag eine Milliarde oder mehr letale Dosen freigesetzt, wo der Sauerstoff fehlt. An jedem Tag sind das in Deutschland ebenso viele gefährliche „Giftdosen“ in der Atmosphäre, wie es die einmalige Freisetzung in Fukushima war. Die letalen Giftdosen von Fukushima sind im Verhältnis 1 : 365 harmloser als unser Autoverkehr.

In **Tschernobyl** wurde 10-mal so viel Radioaktivität wie in Japan in die Luft freigesetzt, verdünnt und weiträumig verteilt. Diese Freisetzung war nicht der Grund für die 134 strahlenkranken Helfer und die Todesfälle. Es wurden hoch aktivierte Strukturbauteile des Reaktors in die Luft geschleudert und es entstanden Brände. Die Feuerwehrleute wurden ungeschützt einer hohen Dosis bei sehr hoher Ortsdosisleistung ausgesetzt. Hätte man die Leute mit Meßgeräten ausgestattet, dann hätten sie die Gefahr erkannt und sie vermieden. Die Strahlentoten waren die Folge von menschlichem Versagen.

Dosis und Dosisleistung sind zu beachten

Wird eine tödliche Dosis über ein Jahr verteilt, so verliert sie ihre Gefahr. Diese Selbstverständlichkeit wird beim Umgang mit Radioaktivität nicht beachtet. Nur bei hoher Dosisleistung – das ist Dosis pro Zeit – kann eine tödliche Dosis erreicht werden.

Dazu bietet sich ein Vergleich mit dem Giftstoff Alkohol an. Wird die tödliche Dosis von einer oder zwei Flaschen Schnaps über ein Jahr verteilt, so ist das keine Gefahr – jedermann weiß das. Der mittlere Konsum von 10 Liter reinen Alkohols im Jahr (wie in Deutschland) bedeutet Konsum von 40 tödlichen Dosen im Jahr. Das hat oft tödliche Folgen, aber kaum durch letale Alkoholvergiftung.

Wird das bei Strahlung übliche Vorgehen **weniger als ein 1000-stel der Letalität als Grenzwert über ein Jahr** auf das „Gift“ Alkohol übertragen, so müsste man bei Alkohol ein Schnapsglas voller Wein oder Hochprozentigem über ein Jahr verteilt als Grenzwert einführen – und natürlich mit höchstem Aufwand durch ein „*Bundesamt für Alkoholschutz*“ streng überwachen.

Dieser Vergleich macht die Unsinnigkeit des Grenzwertes 1 mSv/Jahr offensichtlich.

In der Fliegerei und in der Medizin gilt der Grenzwert 1 mSv nicht.

Was bedeutet „Adaptive Antwort“?

Nach Paracelsus ist alles Gift, es kommt nur auf die Dosis an. Wie schon gesagt wurde, ist zusätzlich die Zeit zu beachten, in der die Dosis verabreicht wird. Vom Alkohol wissen wir, daß eine kleine Dosis eine positive Wirkung hat – nur muß die Grenze zwischen kleiner und großer Dosis eingehalten werden, was oft mißlingt. Ein Bier zum Essen bringt keinen Schaden, es bringt Lebensfreude und den Kreislauf in Schwung, was eine positive Wirkung des „Giftes“ Alkohol ist.

Eine kleine Dosis trainiert das Immunsystem um auch eine größere eventuell schädliche Dosis verkraften zu können. Das nennt man in der Medizin **„Adaptive Antwort“**. Es ist das Prinzip einer Schutzimpfung, täglich millionenfach zum Segen der menschlichen Gesundheit in Anwendung. Dieses Schutzprinzip gilt auch für Strahlung, man sagt dazu gern Hormesis.

Die positive Wirkung einer Kur in einem Radonheilbad beruht auf der α -Radioaktivität des Edelgases Radon. Die Wirkung ist gering, aber deutlich nachweisbar. Davon profitieren **80 000 Patienten pro Jahr in den Radonheilbädern von Deutschland und Österreich**. Auch für α -Aktivität existiert die positive Wirkung kleiner Dosen. Diese Tatsache ist weltweit bekannt, sie wird von Wissenschaftlern seit langen erforscht aber in Deutschland ignoriert. In dem Lehrbuch von Prof. Jürgen Kiefer „Strahlen und Gesundheit“ (2012, 280 Seiten) steht zu der Beobachtung des „Healthy Worker Effect“ geschrieben **„Naive Geister könnten daraus den Schluß ziehen, daß Bestrahlung der Gesundheit dient (manche tun dies und nennen das *radiation hormesis*)“**. In dem Buch fehlen die Namen der deutschen Professoren Klaus Becker und Ludwig Feinendegen, die auf dem Gebiet der Strahlenwirkungen gearbeitet haben. Weitere Beispiele der positiven Strahlenwirkung sind hier aufgezählt. Es gibt seit 2005 eine Zeitschrift, die sich nur mit den positiven Strahlenwirkungen befasst. In dem Buch von Ch. Sanders „Radiation Hormesis and The Linear-No-Threshold Assumption“ sind 1200 Zitate von Originalarbeiten zu finden.

Die biopositive Strahlenwirkung ist auf der Zellenebene zu verstehen: 1 mSv bedeutet, daß jede Zelle von einer Strahlenspur getroffen wird, das lässt sich rechnerisch belegen. Also bedeutet 1 mSv/Jahr, daß jede Zelle im Körper einmal im Jahr getroffen wird. Das ist im Vergleich zu den beim normalen Stoffwechsel der Zelle und den dabei immer auftretenden Fehlern unbedeutend. Für eine optimal positive Wirkung ist viel mehr Strahlung erforderlich. **Als optimale Dosis für die biopositive Wirkung der Strahlung wird empfohlen:**

Verfasser	T.D. Luckey M. Doss		Ch.L. Sanders	W. Allison
Dosis im Jahr	60 mSv	200 mSv	150 bis 3000 mSv	600 mSv
Dosisleistung	7 μ Sv/h	25 μ Sv/h	20 bis 400 μ Sv/h	70 μ Sv/h

Training der Zellen	einmal pro Woche	Jeden zweiten Tag	3 x pro Woche bis 10 mal täglich	10 mal pro Woche
---------------------	------------------	-------------------	----------------------------------	------------------

In kurzen Worten zur „Gefahr“ der Kerntechnik:

- Durch Einführung eines unsinnigen Grenzwertes wird den Menschen eine nicht existente Gefahr der Kerntechnik vorgegaukelt.
- Geringe Strahlendosen sind gut für die Gesundheit von Lebewesen.
- Die bei den Unfällen in Fukushima und in Tschernobyl frei gesetzte Radioaktivität war harmlos.
- Hätte man bei den Unfällen in Fukushima und in Tschernobyl die Menschen aus der Umgebung nicht vertrieben, so hätten sie eine zusätzliche Strahlendosis mit einem sehr kleinen positiven gesundheitlichen Effekt erhalten.
- Die in der Kerntechnik mit riesigem Aufwand vermiedenen Strahlendosen sind harmlos.
- Wenn in der Kerntechnik Strahlenunfälle passieren, so können nur durch Schlamperei Menschen zu Schaden kommen, wie in Tschernobyl passiert.

Was sollte gemacht werden?

- Die Strahlenschutzgesetze sind falsch. Der Gesetzgeber versteht die Zusammenhänge nicht. Diese Gesetze sollten abgeschafft werden. Alkoholschutzgesetze wären nützlicher.
- Man weiß seit langer Zeit, daß Strahlung positive gesundheitliche Effekte haben kann, diese Bedingungen aber in der Natur nicht vorkommen, siehe Tabelle oben.
- In Kernreaktoren können Strahlenquellen hergestellt werden, mit denen Menschen ihrer Gesundheit Gutes tun könnten. Forschungsarbeit dazu wäre überaus nützlich.
- Der Ausstieg Deutschlands aus der Stromversorgung mittels Kernkraft – wie früher schon in Österreich und Italien geschehen – ist in Unwissenheit oder in einem rätselhaften Zustand geistiger Dunkelflaute geschehen und sollte korrigiert werden.

Gasturbinen als Rettung?

geschrieben von Admin | 18. Juni 2025

Von Klaus-Dieter Humpich

Langsam, ganz langsam setzt sich (scheinbar) auch in deutschen Ministerien die Tatsache durch, daß man Deutschland nicht vollständig mit wetterabhängigen Energien versorgen kann. Was aber dann, wenn Kernenergie des Teufels ist und Kohle wegen der Klimareligion auch nicht geduldet wird? Vollständige Abhängigkeit von unseren Nachbarn oder eine neue Wunderwaffe: Gaskraftwerke, die irgendwann einmal mit „Grünem Wasserstoff“ betrieben werden könnten? Nun, wer die deutsche Geschichte kennt, – ganz besonders die, der „Vogelschiss-Periode“ – dürfte die Antwort ahnen. Wer nicht, sollte mal nach den Stichworten „Reichskrafttürme“ oder „Wasserstoff im 3. Reich“ im Internet suchen.

Wieviele Strom braucht Deutschland?

Um es in einem Satz zu sagen: Das weiß kein Mensch. Man könnte von heute ausgehen. Die Deindustrialisierung dürfte nicht bis zur völligen Vernichtung aller Industrie voranschreiten. Etwas Einkommen brauchen die Politiker für sich selbst. Die Bevölkerung kann weiter zunehmen (offene Grenzen) oder wieder geringer werden, weil immer mehr auswandern. Die Elektrifizierung kann weiter voranschreiten (E-Auto, Digitalisierung, Wärmepumpe usw.) oder aus vorgenannten Gründen in sich zusammenfallen.

Die Spinnereien über den Wandel der Gesellschaft zu „dargebotenen Energien“ werden nicht helfen. Immer, wenn man die Produktion wegen zu hoher Energiekosten runter fährt, spart man zwar Stromkosten, aber dem stehen die Produktionsausfälle, zusätzlichen Personalkosten und höheren spezifischen Anlagekosten gegenüber. Besonders deutlich wird der Irrsinn beim „Grünen Wasserstoff“. Man will aus der Überschussproduktion bei kräftigem Wind und Sonnenschein Wasserstoff herstellen. Die hierfür notwendigen Elektrolyseure sind teure verfahrenstechnische Anlagen, die rund um die Uhr laufen müßten, um die Produktionskosten (möglichst) gering zu halten. Absolute Obergrenze wären aber die Ausnutzung der Windkraft ($\approx 20\%$) bzw. Photovoltaik ($\approx 10\%$) selbst. Will man aber Wasserstoff rund um die Uhr herstellen, ergibt sich der gleiche Betrug wie bei e-Autos: Man muß (in Deutschland) Kohlestrom verwenden.

Neuerdings will man zur Stabilisierung der Netze Strom in Batterien speichern. Abgesehen von den Wandlungsverlusten eine weitere Schnapsidee aus Schilda: Das e-Auto soll über Nacht geladen werden, damit es am nächsten Arbeitstag wieder Dienst tun kann und gleichzeitig das Netz stützen, weil es dunkel ist.

Der Gasverbrauch

Gasturbinen („Heavy Duty“) haben heute Wirkungsgrade bis zu 40%. Kombiniert man sie mit einem Dampfkreislauf, der einen Teil der im Abgas enthaltenen Restwärme verwendet, kommt man auf einen Wirkungsgrad von bis zu 64%. Doch Vorsicht! Solche Werte kann man nur im sogenannten „Bestpunkt“ unter sonst idealen Bedingungen (gewaschene Turbine, günstiges Wetter etc.) erzielen. Hier wird aber ein völlig anderes

Verhalten angestrebt: Die Gaskraftwerke sollen nur die Schwankungen von Angebot und Nachfrage ausgleichen (Residuallast). Wegen des Einspeisevorrangs für Wind und Sonne müssen **sie** ihre Leistung stets verändern. Nun wird es richtig kompliziert: Gas- und Dampfturbinen sind in der Praxis maximal bis auf 50% ihrer Nennleistung betreibbar. Ist die Residuallast kleiner, hilft nur die vollständige Abschaltung einiger Blöcke. Ist ein Block abgeschaltet, kann er sich aber nicht mehr an der Regelung beteiligen. Selbst wenn er im Stillstand warm gehalten wird (Energieverluste) dauert es geraume Zeit, bis er wieder am Netz ist. Es wird sich also nichts ändern: Auch die neuen GuD Kraftwerke werden die „Netze verstopfen“ und müssen auch bei negativen Strompreisen (teilweise) weiter laufen. Wer bezahlt das zukünftig?

Wir sind hier nicht in den USA. In den USA beträgt der Börsenpreis für Erdgas 12,55 \$/MWh und in Europa 37,19 €/MWh (am 7.6.25). Im Winter sieht es wegen der Heizperiode noch übler aus. Dann steigen die Preise wegen der erhöhten Nachfrage üblicherweise um 50% an. Geht man von einem Gaspreis von 40 €/MWh und einem Jahreswirkungsgrad von 50% aus, ist man schon bei Brennstoffkosten von 80 €/MWh. Dies ist eine eher günstige Annahme, da noch keine Transport- und Speicherkosten beim Erdgas berücksichtigt wurden. Ebenso dürfte ein Wirkungsgrad von 50% über das Jahr im Lastfolgebetrieb eher günstig sein. Preissteigerungen sind ebenfalls nicht berücksichtigt.

Die CO₂ -Steuer

Kann sich noch jemand an die Angstkampagne zur Förderung der elektrischen Wärmepumpe erinnern? Es wurde eindringlich vor der Gasheizung gewarnt, da diese bald unbezahlbar würde. Schließlich würde die CO₂-Abgabe jährlich teurer werden. So teuer, bis (gewollt) die elektrische Heizung billiger sein wird. Was allerdings beides zu astronomischen Nebenkostenabrechnungen führt. 2024 betrug die CO₂-Steuer 45 Euro pro Tonne CO₂. Das macht 9,04 €/MWh Erdgas. Damit würden nur die Brennstoffkosten pro MWh elektrischer Energie 100 € in diesem Beispiel betragen. Auch hier wieder Grüße aus Schilda. Man darf zwar nicht mehr mit Diesel fahren und mit Gas heizen um der Klimareligion zu huldigen, dafür aber staatlich subventioniert mit Strom aus Kohle (≈ 325 kg CO₂ pro MWh) und Erdgas (181 kg CO₂ pro MWh) .

Die notwendigen Kapazitäten

Das Geschäft mit Gasturbinen unterliegt starken Schwankungen. In den 2010er Jahren brach der Markt für Gasturbinen zusammen, was zu massiven Entlassungen und Umstrukturierungen führte. In den Jahren 2017–2018 brach der Weltmarkt erneut ein. In dem Segment der „ganz großen“ Turbinen verblieben nur noch drei Hersteller: GE Vernova, Mitsubishi Power und Siemens Energy. Solche Turbinen sehen aus wie ein Flugzeugtriebwerk, wiegen aber rund 350 to. Die schiere Größe macht deutlich, daß es sich um ein Spezialprodukt handelt, das auch ganz

spezielle Fertigungsanlagen erfordert, die ebenfalls nur von wenigen Herstellern geliefert werden können. Dies führt zu erheblichen Engpässen. GE Vernova z. B. hat eine Fertigungskapazität von etwa 50 GW in den nächsten fünf Jahren, hat aber bereits rund 30 GW unter festen Verträgen. Der vorhandene Rest von rund 20 GW kann frühestens ab 2028 ausgeliefert werden. Mitsubishi hatte 2024 ein Auftragsvolumen von 12,5 Milliarden US-Dollar in den Büchern. Der Fertigungsrückstand soll 15–18 GW betragen. Wer heute bestellt, muß wohl bis 2030 warten. Der Rückstand bei Siemens wird auf 25–30 GW geschätzt. Mit anderen Worten, das notwendige Backup nur mit Gasturbinen dürfte zumindest für ein Jahrzehnt reine Illusion sein.

Vielleicht etwas unerwartet hat ein Boom für Rechenzentren eingesetzt. Besonders nach dem Hype zur „künstlichen Intelligenz (AI)“. Solche Rechenzentren benötigen 200–2000 MW elektrische Leistung und das 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Man kann noch zum Mahlen von Mehl auf den Wind warten, nicht aber beim Betrieb eines Rechenzentrums. Eine zuverlässige Stromversorgung ist hier das A und O. Um welche Dimensionen es sich dabei handelt, zeigt beispielhaft Meta. Es baut in Richland Parish, Louisiana USA ein vier Millionen Quadratmeter großes Rechenzentrum. Zur Versorgung sollen drei GuD Kraftwerke mit zusammen 2260 MW_{el} dienen. Ähnliche Projekte verfolgen Amazon, Apple, Microsoft usw. Alles Konzerne, die gut dastehen und fast jeden Preis zahlen, um den Anschluß in diesem Rennen nicht zu verlieren. Nach einer EPRI-Studie wird der Verbrauch der Rechenzentren in USA im Jahr 2030 zwischen 214–296 TWh/Jahr betragen. Muß der gesamte Zuwachs über Erdgas gedeckt werden, ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von 4,2–5,9 Bcf/d (Gesamtversorgung in USA 111 Bcf/d in 2025).

Das Kostenrisiko

Gasturbinen bestehen aus tausenden von Einzelteilen und arbeiten mit extrem hohen Temperaturen, die exotische Materialien erfordern. Stahl-, Titan-, Aluminium- und Nickellegierungen spielen alle eine entscheidende Rolle im Turbinenbau und unterlagen in den letzten Jahren starken Preisschwankungen. Beispielsweise sind die Preise für die Stahlsorten, die in Gehäusen, Rotoren usw. verwendet werden, seit 2020 um mehr als 70 % gestiegen. So sind im Vergleich zum Vorjahr die Gesamtpreise für Gasturbinen um 10 % gestiegen. GE Vernova warnte kürzlich, daß Zölle und Inflation in diesem Jahr 300 bis 400 Millionen Dollar zusätzliche Kosten für das Unternehmen hervorrufen könnten.

Kostenvergleich für Gasturbinen 2025 in den USA:

Für Komponenten wie Rotoren, Blätter und Düsen gibt es nur begrenzte Lieferanten. Die Turbinenhersteller müssen sich auch noch die Lieferanten mit der Luft- und Raumfahrt- und Rüstungsindustrie teilen, was zu noch mehr Engpässen in der Lieferkette und Wettbewerb um Ressourcen führt. Lieferzeiten von zwei Jahren sind keine Seltenheit. GE

Vernova, Mitsubishi und Siemens warnen ihre Kunden, sieben oder acht Jahre im Voraus neue Anlagen zu planen. In einigen Fällen verlangen Unternehmen jetzt nicht erstattungsfähige Reservierungsgebühren und Slot-Vereinbarungen, was bedeutet, daß Käufer jahrelang im Voraus an Verträge gebunden sind, um sich einen Platz in der Warteschlange zu sichern. Unternehmen bestehen darauf aus leidiger Erfahrung. Die Hersteller steigerten 2010 die Produktion, aber die Nachfrage brach kurz darauf ein, was zu massiven Entlassungen führte. Dasselbe geschah 2016–17 erneut, als Tausende entlassen wurden, darunter fast 7.000 bei Siemens. Beide Situationen wurden durch eine Reihe von Faktoren verursacht, darunter eine überschätzte Nachfrage und Veränderungen auf dem Energiemarkt. Infolgedessen zögert die Branche, zu schnell zu expandieren.

Schlusswort

Jetzt rächt sich der Glaube an eine mögliche wetterabhängige Stromversorgung und die Zerstörungswut grüner Ideologie. Erst die funktionierenden Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke abschalten und zerstören und dann in einen überhitzten Markt für Gaskraftwerke investieren. Absehbar hohe Investitionen, hohe Gaspreise – weil ideologisch nichts anderes mehr erlaubt scheint – und geringe Auslastung durch den Einspeisevorrang von Wind und Sonne führen unweigerlich zu hohen Kosten. Egal, wie man sie verstecken will (Kapazitätsmarkt, Netzgebühren etc.), sie müssen letztlich von uns Bürgern bezahlt werden. Egal, ob über Konsumverzicht oder Arbeitslosigkeit. Gesellschaftlich ein gigantisches Umverteilungsprogramm von Arm zu Neureich. Wie lange wohl diesmal die Planwirtschaft dauert – 12 Jahre? 40 Jahre? – bis er wieder absehbar krachend zusammenbricht.

- Schlagwörter Industriepolitik, Klimaschutz, Kohlekraftwerke, Sonne,

Der Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Autors Nukeklaus hier

Das Framing der Energiewende – Teil 3. Die Methoden des Framings

geschrieben von Admin | 18. Juni 2025

Teil eins beschäftigte sich mit Lügen und gezielten Falschaussagen, fehlendem Kontext und Halbwahrheiten, um das Scheitern der Energiewende zu vertuschen. In Teil zwei ging es um falsche Bezeichnungen und hippe Kunstworte. Im dritten Teil nun schauen wir uns Methoden des Framings

an.

von Frank Hennig

Die deutsche Energiewende scheitert vor sich hin, aber die Verursacher wollen es nicht wahrhaben. Große Teile der Bevölkerung halten das Vorhaben für erfolgreich, schließlich ist noch jeden Tag Strom in der Dose. Vor allem aber hilft eine umfangreiche Konstruktion an Framing, Mythen und Tatsachenverdrehung dabei, den Schein eines erfolgreichen Projekts aufrecht zu erhalten.

Agenda-Setting

Themen besetzen, die hilfreich im Sinne der Energiewender sind und nicht genehme Themen möglichst zu ignorieren oder zu verfälschen. Das Agenda-Setting nutzt oft Halbwahrheiten zur Vermittlung des gewünschten Bildes. Es kommt häufig bei den Themen Wetter und Klima zur Anwendung und obwohl beides definierte Kategorien sind, werden sie munter durcheinander gewürfelt. Das Wetter ändere sich durch den Klimawandel, heißt es. Das ist falsch, erst langfristig anderes Wetter (30 Jahre) ergibt ein anderes Klima.

Der natürliche Klimawandel, der seit Bestehen unseres Planeten vor sich geht, wird ignoriert, der menschlich verursachte Klimawandel, der weitere Forschung nötig macht, als absolut erklärt. In klimapopulistischer Art wird allein anthropogenes CO₂ für die globale Erwärmung verantwortlich gemacht. Die Aussage „mehr CO₂, dann höhere Temperatur“ ist zu billig, wenn man sich nur ein wenig mit der Klimageschichte der Erde befasst. Eine grüne Politikerin behauptete, der Klimawandel sei „zu mehr als hundert Prozent“ menschengemacht. Das lässt einen ratlos zurück.

Wesentliche Einflüsse auf das Klima auf Grund solarer, astronomischer und geophysikalischer Ursachen werden gelehnt. Während der starke Einfluss des Wasserdampfes in der Atmosphäre und damit die Wolkenbildung weitgehend ungeklärt sind, werden unsichere Klimaszenarien für das Ende des Jahrhunderts als belastbare Prognosen dargestellt. Das Ganze garniert man mit der hanebüchenen Aussage, dass diese „Wissenschaft“ abgeschlossen und damit gesetzt sei, worüber sich die Mehrheit der Wissenschaftler einig sei.

Wenn Wissenschaft aber als endgültig und unumstößlich erklärt wird, ist sie keine mehr, sondern in Ideologie oder Religion übergegangen, die man nicht mehr anzweifeln darf. Wissenschaft lebt aber vom Zweifel und ständigen Hinterfragen, von der steten Suche nach neuem Wissen. Die Forderung „hört auf die Wissenschaft“ fokussiert dabei einseitig auf die interdisziplinäre Klimawissenschaft, in anderen Fällen macht man das dezidiert nicht. Mehrere hundert internationale und peer-reviewte Studien stellten keine krebserregende Wirkung von Glyphosat fest, dennoch hält man hier politisch und medial am Alarmismus fest und hört

eben nicht auf „die Wissenschaft“.

Klimawandel wird zur Klimakatastrophe überhöht, in unseren so genannten Qualitätsmedien werden die Nachrichten entsprechend alarmistisch dargestellt. Nachrichten sind im Wortsinn Informationen darüber, was passiert ist. Inzwischen nehmen Informationen über theoretische Szenarien einen immer größeren Raum ein, also Ereignisse, die künftig eventuell passieren könnten. In Überschriften ist von katastrophalen Unwettern die Rede, in den Beiträgen selbst erfährt man dann, dass dieses oder jenes Institut dies befürchtet. Dass die Unwetter und Naturkatastrophen schon zugenommen hätten, ist ein verfestigter Glaubenssatz, den seriöse Meteorologen widerlegen oder zumindest bezweifeln.

Angst ist der Schlüssel!

Hilfreich für die politische Absicht sind Unwetter in fernen Ländern, über die früher mangels eigener Betroffenheit und geringer Relevanz nicht berichtet worden wäre. Heute dienen sie zur Festigung des alarmistischen Klimaweltbildes. Selbst Erdbeben führt man heute auf den Klimawandel zurück, was theoretisch nicht auszuschließen, aber praktisch sehr unwahrscheinlich ist.

Schon immer litt das Land Brandenburg unter Trockenheit, was die Brandgefahr in den Kiefernwäldern steigert. Die höchste Waldbrandwarnstufe fünf galt in den meisten Jahren über die Sommerwochen als Normalität. Heute wird in den öffentlich-rechtlichen Nachrichten über die Erhöhung der Warnstufe von drei auf vier an vorderer Stelle berichtet.

Der Mai 2025 war sicher ein trockener Monat, aber verglichen mit den Dürrejahre 2018/19 ein ziemlich normaler. Nach den Angaben auf der Homepage des Wetterkontors lagen die Niederschlagsmengen zwischen 49 und 121 Prozent im Vergleich zum dreißigjährigen Mittel. Der meiste Regen fiel in der Region Konstanz, auch in Süddeutschland und der Schweiz, wodurch die Katastrophenmeldungen vom bald austrocknenden Bodensee vertrocknet sein dürften. Dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) waren die Mai-Niederschläge hingegen am 20. Mai eine Sondersendung zur Trockenheit wert. Sicher kann man immer über Waldumbau und das Rückhalten des Wassers in der Landschaft reden. Sendungen dieser Art dienen aber vor allem dazu, den Angstlevel hochzuhalten.

Man bemüht natürlich auch die Vorhersagen zu einem besonders heißen und trockenen Sommer 2025. Wir erinnern uns an den „Höllensommer“ 2024 und an den Hitzeschutzplan von Ex-Minister Lauterbach und die Tausenden von Hitzetoten, die nicht am Straßenrand aufgesammelt werden mussten. Im Ranking der Durchschnittstemperaturen der Länder belegt Deutschland Platz 177 unter den 217 Ländern der Erde. Ich vermute, die 176 vor uns platzierten Länder brauchen keinen Hitzeschutzplan. Selbst im Spitzenreiter-Land Burkina Faso mit einer Durchschnittstemperatur von 30,01 Grad ist von vielen Hitzetoten nichts bekannt. Menschen können

sich an Realitäten anpassen, was vielen deutschen Politikern und Journalisten schwerfällt.

Die „Frankfurter Rundschau“ titelte am 1. Juni: „Beunruhigender Vorbote: Wettermodell prognostiziert 39 Grad zu Pfingsten“. Manche werden eher wieder die Heizung in Betrieb genommen haben. Auch das ist wieder eine warnende Meldung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Wert (Antenne Brandenburg): „Das Wetter spielt verrückt“. Es gibt offenbar kein normales Wetter mehr, nur noch Katastrophe. Der permanente Alarmismus zeigt vor allem, wie weit sich einige Politiker und Medien von der Lebenswirklichkeit entfernt haben.

Ein für den 6. Juni angekündigter Hitzeaktionstag in Mühlacker (Baden-Württemberg) wurde wegen schlechten Wetters abgesagt und auf den 25. Juli verschoben. Dann ist hoffentlich Hochsommer.

Übrigens: So lange die Zahl der Kältetoten um den Faktor zehn über der der Hitzetoten liegt, sollten die Schwerpunkte auch emotional anders gesetzt werden, betreffend nicht ein klimatisches, sondern ein soziales Problem. Zudem dürfte es keinen Totenschein geben, auf dem „Hitze“ als Ursache steht. Sie kann im Verein mit Kreislaufschwäche und Dehydrierung eine Rolle spielen, bei gesunden Menschen und vorbeugendem Verhalten ist ein solches Ableben sehr unwahrscheinlich. Selbst der Saunagang ist nicht gefährlich für einen gesunden menschlichen Organismus.

Die neue und bisher mit Gesundheitsthemen nicht befasste Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) empfiehlt nun, bei Sportveranstaltungen nicht mehr zu Grillen und keine alkoholischen Getränke anzubieten. Auch das ist eine falsche Gewichtung, denn zunächst müsste man die Sportler schützen, die bei teils großer Hitze Höchstleistungen vollbringen. Eine Tour de France im Sommer müsste nach dieser Sicht eigentlich verboten werden.

Zudem kann man sich über die Prioritätensetzung der Frau Ministerin nur wundern. Mit dem schweren Erbe ihres Vorgängers belastet, sollte eigentlich der Zustand der Kranken- und Pflegekassen, der Krankenhäuser und schwindender medizinischer Kapazitäten ganz oben auf ihrer Agenda stehen. Stattdessen praktiziert sie grünroten Mainstream-Klimapopulismus made by CDU.

Seit es Menschen gibt, sind sie gezwungen, sich an die Umwelt und auch an das Klima anzupassen. Wir haben dazu heute viel bessere Möglichkeiten als unsere Vorfahren vor einigen tausend Jahren, für die insbesondere die Kaltzeiten lebensgefährlich wurden und Völkerwanderungen auslösten.

Unantastbar

Die Theorie des menschengemachten Klimawandels ist inzwischen derart zur Staatsreligion erhoben worden, dass schon einfache Nachfragen in Form von Verständnisfragen zu einer Stigmatisierung als „Klimaleugner“ führen. Das ist der blanke, aber unhinterfragte Unsinn, denn niemand

leugnet, dass es Klima gibt. Auch Zweifel, ob die teuren deutschen Klimaschutzmaßnahmen sinnvoll sind, setzen den Fragenden in den Stand des Gotteslästerers. Der heilige Gral des Klimawandels darf nicht angetastet werden.

Man gibt zwar zögerlich zu, dass Emissionssenkungen in Deutschland mit seinen 0,08 Prozent der Landfläche der Erde, einem Prozent der Weltbevölkerung und nur noch 1,6 Prozent der globalen anthropogenen Emissionen wohl keinen Klimaeffekt haben werden, flüchtet sich aber dann in Hilfskonstruktionen. Wir hätten historische Schuld auf uns geladen in Zeiten der Industrialisierung, in Form von Emissionen der Vergangenheit. Dass deutsche Produkte und Technologien weltweit zum Fortschritt und Bevölkerungswachstum beitrugen, zum Aufstieg vieler hundert Millionen von Menschen aus der Armut, wird dabei nicht erwähnt. Noch heute fahren Dampfloks aus der deutschen Kaiserzeit in Afrika.

Das zweite und noch unglaubwürdigere Argument ist das der „Vorreiterrolle“, die wir angeblich innehätten. In traditionellem deutschen Größenwahn und moralischer Selbstüberhöhung wollen regierungstreue Energiewender nicht wahrnehmen, dass wir anderen Ländern höchstens als Beispiel dafür dienen, wie man den Umbau eines Energiesystems gerade nicht vollziehen sollte. Kein Land der Welt steigt quasi gleichzeitig aus seinen sichernden Säulen der Energieversorgung wie Kernkraft und Kohle aus. Erst recht nicht in einer Kriegslage auf dem Kontinent, die zur Verknappung von Erdgas führt, begleitet von der Weigerung, eigene Gasvorkommen besser zu nutzen. Was bei uns als mutig, ehrgeizig oder ambitioniert beschrieben wird, wäre in anderen Ländern als Sabotage verfolgt worden.

Penetrante Wiederholungen

Wie in Elisabeth Wählings Framing-Manual für die ARD beschrieben, werden Fakten in politische Frames eingebettet, wobei stetige Wiederholungen moralischer Ansätze wichtig sind, um so genannte Einschleifprozesse im Gehirn auszulösen. Diese führen dazu, dass die Sachverhalte selbst nicht mehr hinterfragt werden. Es ist gelungen, großen Teilen der Bevölkerung das Framing einzupflanzen, dass Emissionsminderung bei der Stromproduktion nur durch mehr „Erneuerbare“ zu erreichen seien.

Alternativen werden zielgerichtet ausgeblendet und verschwiegen. Wir bräuchten mehr „Erneuerbare“ lautet der Kernsatz der tibetanischen Gebetsmühle der Energiewender. Dabei ist dieser Satz falsch. Wir brauchen ein versorgungssicheres, preiswertes sowie umweltfreundliches und emissionsarmes Energiesystem, wie im Paragraphen eins des Energiewirtschaftsgesetzes beschrieben. Dabei sind unkoordiniert zugebaute und zufällig liefernde Stromproduzenten kontraproduktiv.

Verwendet werden ständig wiederkehrende Adjektivierungen wie „klimaschädliches CO₂“, „umstrittene CCS-Technologie“, „schmutzige Kohle“ und weiteres. Tausendmal genannt und bekannt, die permanenten

Wiederholungen sollen die Zuschreibungen manifestieren und zweifelnde Nachfragen von vornherein ausschließen. Nach Wähling führen diese Wiederholungen dazu, die genannten Zuschreibungen ohne gedankliche Prüfung hinzunehmen.

Für Journalisten, die nach Zeilenhonorar bezahlt werden, ist das eine feine Sache. In Verbindung mit der geschlechtergerechten Bezeichnung von Verbraucherinnen und Verbrauchern oder Aktivistinnen und Aktivisten lassen sich ohne Aufwand viele Zeilen schinden.

Emotionalisierung, Moralisierung, Angsterzeugung, Schuldzuweisung

Bauchgefühl und Moralisierung sind das Betriebssystem von Rotgrün. Emotionen und Wertungen statt Fakten. Empörungskommunikation mit Schuldzuschreibungen wurde von den Grünen perfektioniert, personifiziert durch Claudia Roth mit großen Augen mit großgeblühtem Überwurf. Kennzeichnend dafür ist, dass Diskussionen vor allem nicht mehr auf der Sachebene geführt werden, sondern eher auf den unteren Ebenen der Argumentationspyramide beziehungsweise der Widerspruchshierarchie.

Da es nicht gelingt, kritische Kernargumente zu entkräften, zieht man die Moral heran oder steigt hinab zu Detailaspekten oder zu persönlichen Angriffen. Viele Energiewendekritiker werden es in sozialen Medien schon erlebt haben, dass sie in Reaktion auf ihre Argumente als „fossiler Boomer“, „rechter Hetzer“ oder, inzwischen veraltet, als Ewiggestriger bezeichnet werden. Persönliche Angriffe sind das letzte verbleibende Instrument, wenn eigene Theorien nicht überzeugen. Parolen sollen Argumente ersetzen.

Man müsse „fossile Ketten sprengen“, am Ende der Forderungen findet sich oft, wie auch aus Kreisen der Klimakleber zu vernehmen, die Forderung nach einem Systemwechsel. Der Kapitalismus sei schuld am alsbald bevorstehenden Weltuntergang, weshalb ein staatlich gesteuertes politisches System die Große Transformation vorantreiben müsse. Der dadurch unvermeidbare Wohlstandsverlust wird nicht thematisiert, er gilt als hinzunehmender Kollateralschaden.

Ungewollt gibt es auch etwas Humor in den aktivistischen Kreisen. Die „Letzte Generation“ nennt sich nun „Neue Generation“. Finde den logischen Fehler.

Angst ist ein bewährtes politisches Instrument. Eine verängstigte Bevölkerung nimmt viel eher staatlich verfügte Zumutungen hin, wenn man ihr vorher die Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen eingetrichtert hat. Wer Alternativlosigkeit als Begründung anführt, gibt zu, dass er mit dem Rücken zur Wand steht und sich nicht mal mehr in einem Dilemma befindet, das wenigstens zwei Optionen aufzeigt. Echte Entscheidungsfreiheit entsteht nur durch eine Vielfalt von Optionen, die eine lebendige Demokratie und eine verantwortungsbewusste Regierung hervorbringen müssten.

Zunehmend machtlos

Früher war es für staatsnahe Medien einfacher, die Regierungslinie zu vermitteln. Sie hatten ein Nachrichtenmonopol und die Chefs vom Dienst, spätestens die Chefredakteure, entschieden, was dem niederen Volk mitgeteilt wird und was nicht. Diese Gatekeeper-Funktion haben Presse, Funk und Fernsehen weitgehend verloren. Über das Internet und soziale Medien können sich die Medienkonsumenten kreuz und quer informieren und Nachrichten gewichten und verifizieren, jeder nach seinen Prioritäten. Das kann leider auch zum Leben in der Blase führen.

Unterlassen werden in den so genannten Qualitätsmedien Informationen, die dem rotgrünen Weltbild nicht entsprechen. Wenn in Finnland der Strompreis nach der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Olkiluoto fällt, ist das keine Meldung wert, sie passt nicht ins vorgegebene Weltbild – und könnte die Bevölkerung „verunsichern“. Stattdessen wird immer noch die Endlichkeit der Fossilien beschworen, obwohl der Club of Rome mit den „Grenzen des Wachstums“ krachend danebenlag.

Die Wirtschaftlichkeit der „Erneuerbaren“ wird an der Börse entzaubert. Wenn Planwirtschaft auf den Markt trifft, gewinnt traditionell der Markt. Wie viele sozialistische Experimente wird es trotzdem noch geben? Sie brauchen in jedem Fall ein umfangreiches Framing, um der Bevölkerung Alternativlosigkeit vorzuspiegeln.

Am Ende wird diese Propaganda nicht erfolgreich sein, weil man falsche energiepolitische Entscheidungen nicht zum Erfolg schreiben und senden kann.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier